

II-9014 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4434 /J

1993 -03- 10

A N F R A G E

des Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Import von Altölen und Lösungsmitteln

Die Gmündenzementwerke Hans Hatschek sind seit kurzem in der Altölverbrennung aktiv. Nun wurde dem Unternehmen ein Import von 5000 t Altöl und Lösungsmitteln zur Verbrennung im Jahr 1993 aus Deutschland vom Umweltministerium genehmigt. Dies, obwohl selbst der Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Ratzenböck, im Bewilligungsverfahren für die Altölverbrennung noch versprochen hatte, es werde keine Importe geben und auch die Firmenvertretung selbst dem Bürgerbeirat zugesagt hatte, daß nur aus Österreich stammende Abfälle im Drehofen des Zementwerkes verbrannt würden. Dazu kommt, daß der Antransport der trennbaren flüssigen Abfälle aus Deutschland zur Gänze per LKW erfolgen wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Ist es richtig, daß der Import von 5000 t Altöl und Lösungsmittel aus Deutschland durch das Ministerium genehmigt wurde? Wenn ja, wann?
2. Von wegen Unternehmen in Deutschland erfolgt der Import bzw. für welche Stoffe im Detail wurde die Importgenehmigung erteilt?

3. Ist der Umweltministerin bekannt, daß dem Bürgerbeirat in Bewilligungsverfahren für die Altölverbrennung von verschiedenen Seiten - sowohl vom Betreiber als auch vom oberösterreichischen Landeshauptmann - garantiert wurde, daß keine Abfälle aus dem Ausland angeliefert werden?
4. Wie beurteilt die Umweltministerin dieses Versprechen? Wird die Umweltministerin unter Bedachtnahme auch dieses Versprechens diese bzw. weitere Transporte und Importe unterbinden?
5. Wie beurteilt die Umweltministerin die Tatsache, daß der Transport der brennbaren Flüssigkeitsabfälle zur Gänze auf der Straße erfolgt? Wie schätzt die Ministerin das entsprechende Risiko ein?
6. Wurde bei dieser Importgenehmigung das Einvernehmen mit dem Land Oberösterreich hergestellt? Wenn ja, mit welcher Behördenstelle?